

Antrittsrede von Egon Krenz als Generalsekretär des ZK der SED (Berlin, 18. Oktober 1989)

Quelle: Aussenpolitische Korrespondenz. 23.10.1989, Nr. 42. Berlin: Hauptabteilung Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik. "Vor allem zählen Mut zur Wahrheit, Überzeugungskraft und Standhaftigkeit", p. 329-334.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten. Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/antrittsrede_von_egon_krenz_als_generalsekretar_des_zk_der_sed_berlin_18_oktober_1989-de-7d9fcd51-609b-49fc-859e-010d3d2df42a.html

Publication date: 02/07/2015

Rede von Egon Krenz (Berlin, 18. Oktober 1989)

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich danke dem Zentralkomitee für sein Vertrauen. Mir ist das Gewicht der Verantwortung bewußt, der ich mich stelle. In Eurem Auftrage, im Interesse unserer Partei und unseres Volkes bin ich bereit, diese Pflicht zu übernehmen.

Wenn man mich fragt, was mich in dieser Stunde bewegt, dann gibt es nur eine Antwort: Das ist der Gedanke an viel gemeinsame Arbeit. Miteinander zu reden und zu streiten ist wichtig. Sich gegenseitig zu verständigen ist notwendig. Miteinander zu arbeiten, unsere Perspektive zu planen und mit Vernunft zu regieren aber bleibt das Entscheidende. Nur so werden wir die hohen Erwartungen unserer Parteimitglieder, aller Bürger unseres Landes an den XII. Parteitag, an die Gestaltung unserer Zukunft erfüllen.

Es ist mir in diesem Augenblick ein Bedürfnis, Genossen Erich Honecker herzlich zu danken für seine Arbeit, die er in den vergangenen Jahrzehnten an der Spitze unserer Partei geleistet hat. Der Dank der Mitglieder des Politbüros, des Zentralkomitees, unserer gesamten Partei wird die bleibende Hochachtung sein vor dem unbeugsamen Widerstandskämpfer und aufrechten Antifaschisten, vor dem international geachteten Staatsmann und Friedensförderer, vor dem Politiker und Kampfgefährten. Wir wünschen Dir, lieber Genosse Erich, vor allem Gesundheit. Wir sind überzeugt, daß unsere Partei auch künftig auf Dich bauen kann.

Erklärung ist kein Papier der Taktik

Mit der heutigen Tagung des Zentralkomitees weisen wir aus, daß wir ohne Zaudern auf dem Weg fortschreiten, der mit der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober eingeschlagen worden ist. Das unterstreicht: Diese Erklärung ist kein Papier der Taktik.

Eine Partei wie unsere hat keine anderen Interessen als das Volk. Wenn es um dessen Geschicke geht, zählt vor allem der Mut zur Wahrheit, zählen Überzeugungskraft und Standhaftigkeit. Dazu bekennen wir uns mit dieser Tagung des Zentralkomitees erneut. Unser Gesicht ist dem Volke zugewandt

Zur Wahrheit, zu der wir stehen, gehört auch, daß wir unbeirrt dem Gesetz der Geschichte folgen, daß der Sozialismus die einzige humanistische Alternative zum Kapitalismus ist. Unser historischer Optimismus resultiert aus dem Wissen von der Unabwendbarkeit des Sieges des Sozialismus, den Marx, Engels und Lenin begründet haben. Wir schöpfen unsere Zuversicht aus dem unbestreitbaren gesellschaftlichen Fortschritt, den unser Volk und die Völker der Bruderländer - bei allem, was noch zu vollbringen ist - in historisch kurzer Zeitspanne errungen haben. Dieses Wissen und das Geschaffene geben uns die unerschütterliche Gewißheit, auch den Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts gewachsen zu sein.

Wir werden eine Wende einleiten

Die erste Voraussetzung dafür ist eine reale Einschätzung der Lage. Fest steht, wir haben in den vergangenen Monaten die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande in ihrem Wesen nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen.

In der Kollektivität der Führung unserer Partei auf allen Ebenen liegt eine entscheidende Quelle unserer Kraft. Die nächste Tagung des Zentralkomitees wird nach gründlicher Erörterung im Politbüro in Kürze einberufen. Damit ist die zur Zeit vorliegende Einladung hinfällig. Die kommende Tagung wird von Arbeitsgruppen des Zentralkomitees vorbereitet. In sie werden die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees einbezogen. Die gemeinsam erarbeiteten Dokumente sind die Grundlage für die demokratische Debatte in unserer nächsten Plenartagung. Unsere marxistisch-leninistische Partei ist ein großer erfahrener Kampfbund. Sie hat immer an der Spitze der sozialistischen Revolution in unserem Lande

gestanden und alle gesellschaftlichen Umwälzungen geführt. So wird es auch diesmal sein. Die kollektive Kraft unserer Partei beruht auf der politischen Erfahrung und auf der Lebenskenntnis der über 2,3 Millionen Kommunisten. Klar geführt durch das Zentralkomitee, stehen sie unerschütterlich zu den Errungenschaften, Werten und Idealen des Sozialismus.

Die Partei - das sind wir alle

Schulter an Schulter haben wir viele Prüfungen bestanden. Gemeinsam haben wir historische Siege erfochten und aus Niederlagen gelernt. Das Wichtigste war immer unser einheitliches und geschlossenes Handeln, der Verlaß aufeinander, die Übereinstimmung von Wort und Tat. Die Geschichte der DDR bezeugt die mobilisierende gesellschaftliche Kraft unserer Partei. Diese Kraft beruhte zu allen Zeiten auf dem Wirken und auf der Standhaftigkeit von Millionen Genossinnen und Genossen. Das ist auch heute so. Die Partei — das sind wir alle, und das Zentralkomitee ist das höchste Organ der Partei zwischen den Parteitag.

Ohne die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gäbe es keine Deutsche Demokratische Republik. Auf diese unleugbare Tatsache hinzuweisen bedeutet keinesfalls, den Beitrag der mit uns verbundenen und befreundeten gesellschaftlichen Kräfte für das Werden und Wachsen des Sozialismus in der DDR zu mindern. Unsere Deutsche Demokratische Republik war, ist und wird künftig mehr denn je ein demokratisches Gemeinschaftswerk aller Klassen und Schichten unter Führung unserer Partei sein. Die mit uns verbündeten Parteien und Massenorganisationen haben Unverzichtbares für unsere Deutsche Demokratische Republik geleistet. Darauf bauen wir auch für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes.

Wie die Deutsche Demokratische Republik die Heimat aller ihrer Bürger ist — unabhängig von ihrer sozialen Stellung, ihrer Weltanschauung oder Religion —, so ist es das Recht und sollte es als Pflicht von allen empfunden werden, ihre Gedanken in die Politik ihres Staates einzubringen. So wie es die Verfassung unserer Republik vorsieht. Das Bündnis der in der Nationalen Front vereinten demokratischen Kräfte unseres Landes bleibt eine tragende Säule unserer sozialistischen Gesellschaft.

Als Partei der Arbeiterklasse wenden wir uns an die Arbeiterinnen und Arbeiter unseres Landes, an die führende Klasse unserer Gesellschaft, sich mit uns den Aufgaben der weiteren Stärkung des Sozialismus zu stellen. Von ihrem Fleiß, Einsatzwillen und politischen Verantwortungsbewußtsein hängt viel für das Wohl und Wehe unserer Deutschen Demokratischen Republik ab.

Unsere Republik hat eine kluge, fachlich hochqualifizierte, politisch verantwortungsbewußte Arbeiterklasse. Sie hat in der letzten Zeit - nicht zuletzt bei den Gesprächen mit Mitgliedern des Politbüros im VEB Bergmann-Borsig und im Werk für Fernsehelektronik Berlin, im Schwermaschinenbau-Kombinat „Ernst Thälmann“ Magdeburg und auf der Elbwerft Boizenburg — viele Probleme beim Namen genannt. Aber die Arbeiterinnen und Arbeiter haben auch — wie es ihre Art ist — zugleich ihre Bereitschaft bekundet, zuverlässig ihre Verantwortung für die Lösung der komplizierten ökonomischen und politischen Situation wahrzunehmen.

Vieles steht auf der Tagesordnung

Die Probleme, die sie angesprochen haben - die Diskontinuität in der Produktion, die ungenügende Durchsetzung des Leistungsprinzips, die ungerechtfertigten Disproportionen zwischen Produktion und Warenangebot, die schleppende Verwertung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse für die Produktion, die unzureichende Exporteffektivität und anderes mehr — stehen auf der Tagesordnung der von uns zu lösenden Aufgaben. Wie der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen über neun Millionen Mitgliedern als größte Interessenvertretung der Arbeiterklasse seine großen Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung, einschließlich einer neuen Qualität der Plandiskussion, noch besser ausschöpfen wird, hat der Vorsitzende des FDGB in seinem offenen Brief an alle Mitglieder dargelegt. Niemand darf zulassen, daß die besten Eigenschaften der Arbeiterklasse, ihr Qualitätsbewußtsein, ihr Fleiß, ihre politische Standhaftigkeit und ihr Veränderungswille unzureichend genutzt werden.

Wir wenden uns an alle Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern, die fest in ihren Genossenschaften verwurzelt sind, an die Land- und Forstarbeiter. Unter nicht leichten Witterungsbedingungen sorgten sie in den vergangenen Jahren für das Brot des Volkes. Wir setzen auch in diesem Jahr und künftig auf ihre Fähigkeit, bäuerliche Erfahrung und wissenschaftliche Erkenntnis auf den Feldern und im Stall für eine weiter steigende Produktion zu nutzen.

Erfahrung und Rat für unser Land

Wir wenden uns an die hochgebildete und politisch engagierte Intelligenz unseres Landes, an die Wissenschaftler, die Schriftsteller, Künstler und alle Kulturschaffenden, an die Ingenieure, Pädagogen und Mediziner. Ihre Erfahrung und ihr Rat, mit dem sie das Antlitz unseres Landes unverwechselbar mitgestaltet haben, ist mehr denn je gefragt. Wir gehen davon aus, daß sich die Angehörigen der Intelligenz auch künftig als leistungsbewußte, kreative und verlässliche Partner unserer Partei und der ganzen Gesellschaft erweisen werden. Wenn es um einen attraktiven Sozialismus geht, darf es keine Begrenzung für Forscherdrang und Schöpferium geben.

Wir wenden uns an die Frauen unseres Landes, die in Familie, Beruf und gesellschaftlichem Leben unentbehrliche Stützen unserer Gesellschaft sind. Ohne sie und ihre Leistungen ist unsere Gesellschaft nur die Hälfte wert. Sie braucht ihre Talente und Fähigkeiten, ihren bewundernswerten Einsatz für das Glück ihrer Familien und unseres Volkes.

Wir wenden uns an alle Handwerker und Gewerbetreibenden. Sie leisten einen großen Beitrag für unsere Gesellschaft und haben im Sozialismus eine gesicherte Perspektive. Steigender Leistungszuwachs in ihren Bereichen trägt wesentlich zu einem immer besser funktionierenden Alltagsleben bei.

Wir wenden uns an die Jugend. Ihre aktive Mitgestaltung der Gesellschaft ist charakteristisch für unsere Republik. Wir wollen der jungen Generation zur Seite stehen, damit sie den Sinn ihres Lebens bewußt in unserer Gesellschaft verwirklichen kann. Die Jugend will und soll mitbestimmen bei allen Entscheidungen, die ihr Leben betreffen. Sie muß sich noch stärker selbst verwirklichen können. Sie braucht unser Vertrauen und das Erlebnis, Verantwortung zu tragen. Sie braucht eine größere Hinwendung der ganzen Gesellschaft, der Eltern, der Schule, der Freien Deutschen Jugend und der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“. Jede moralische, geistige und pädagogische Investition in die Jugend ist eine Investition in die Zukunft des Sozialismus.

Wir wenden uns an unsere Soldaten, an alle Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane. Unser Volk weiß, was es ihrem Einsatz zu danken hat, damit jeder täglich seiner friedlichen Arbeit nachgehen kann. Die sicher geschützte Arbeiter-und-Bauern-Macht bleibt die erste Voraussetzung für alles, was sich unsere Gesellschaft in gemeinsamer Arbeit für eine gute gemeinsame Zukunft vorgenommen hat.

Wir wenden uns an die Kampfschar der Veteranen des antifaschistischen Widerstandes und der Aktivisten der ersten Stunde. Sie haben den Grundstein gelegt für den sozialistischen deutschen Staat. Ihre Erfahrungen aus dem Klassenkampf, ihre Standhaftigkeit in kompliziertesten Lebenssituationen, ihre unerschütterliche Überzeugung von der schöpferischen Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, ihr beispielhaft gelebtes Leben bleiben unverzichtbar für unser weiteres Vorwärtsschreiten. Wir bezeugen unsere Hochachtung, indem wir sie in unser politisches Wirken, nicht zuletzt unter der Jugend, einbeziehen.

Wir wenden uns an die Vertreter der Kirchen, an alle religionsgebundenen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Die sozialistische Gesellschaft braucht und will ihre Mitarbeit. Uns verbindet mehr als uns trennt. Das wollen wir deutlicher aussprechen und für das Wohl unseres Staates, in dem wir alle leben, in gegenseitiger Achtung noch mehr nutzen und ausbauen.

Es darf keinen Stillstand geben

Wir wenden uns an alle, mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuregieren. Laßt uns gemeinsam anpacken, was wir anzupacken haben.

Das fünfte Jahrzehnt der Deutschen Demokratischen Republik hat begonnen. Jeder, der seinen Beitrag für die Stärkung und Verteidigung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht geleistet hat, kann guten Gewissens stolz darauf sein. Unsere strategische Orientierung für die ausgewogene Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bleibt gültig. Es gibt keinen Grund, Erreichtes geringzuschätzen und in Frage zu stellen, nur weil noch nicht Erreichtes neue Fragen aufwirft. Das Wissen um unsere Erfolge im großen wie im kleinen — das ist eine jahrzehntelange Erfahrung in unserer Gesellschaft — verleiht den Menschen Kraft und Optimismus, setzt Bereitschaft für neue Taten frei.

Unser Programm ist die Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft, ihre fortwährende Erneuerung. Da gibt es keinen Stillstand, darf es keinen geben. Der Sozialismus ist keine abgeschlossene, er ist eine revolutionäre Gesellschaftsordnung. Der Widerspruch zwischen dem Erreichten und dem noch nicht Erreichten, zwischen Ideal und Wirklichkeit, drängt zu ständiger Erneuerung, die nur den einen Sinn haben kann: Das Wohl der Menschen in Frieden!

Jeder hat in den letzten Monaten gespürt. Wir erleben die Verschärfung von Widersprüchen bei der Verwirklichung des Programms unserer Partei und der Beschlüsse unseres XI. Parteitag. Die Probleme in der Volkswirtschaft, im Binnenhandel und auf den Außenmärkten haben zugenommen. Es häuften sich ungelöste Fragen bei der bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung der Bevölkerung. Ungereimtheiten bei der Durchsetzung des Leistungsprinzips nahmen zu. Lohnpolitik, Subventionen und soziale Leistungen werden lebhaft diskutiert. Sorgen macht uns die Erhaltung der natürlichen Umwelt.

Ideale sind nicht schon Errungenes

Wo angestrebte Ideale schon als Errungenes angesehen werden und über den unbestreitbaren Erfolge die Widersprüche des Lebens aus dem Blick geraten, da werden allerdings Initiativen gebremst. Wenn die Bürger unseres Landes als sachkundige und aufgeschlossene Partner von Partei und Staat wirken, wird selbst eine bittere Wahrheit zum gemeinsamen Handeln im gemeinsamen Interesse motivieren. Im übrigen: Bescheidenheit steht uns weitaus besser zu Gesicht als überzogene Selbstdarstellung. Genossinnen und Genossen aus den Bezirks- und Kreisparteiorganisationen, vor allem auch aus Grundorganisationen unserer Partei in den Betrieben, verweisen seit längerem mit Nachdruck auf die Einhaltung unseres Statuts. Es verpflichtet bekanntlich jedes Parteimitglied, unabhängig von Verdiensten und Funktion, „gegen Subjektivismus, Mißachtung des Kollektivs, Egoismus und Schönfärberei aufzutreten und gegen die Neigung, sich an Erfolgen zu berauschen; gegen jeden Versuch anzukämpfen, die Kritik zu unterdrücken und sie durch Beschönigung und Lobhudelei zu ersetzen, sowie die Kritik und Selbstkritik von unten in jeder Weise zu fördern“.

Wir können nicht übersehen, daß die traditionelle Stärke unserer Partei, ihr Vertrauensverhältnis mit dem Volk, beeinträchtigt ist. Daraus ziehen wir selbstkritische Schlußfolgerungen für unsere Arbeit. Wir übersehen gleichzeitig nicht, daß die Gegner des Sozialismus — die äußeren wie die inneren — verstärkt versuchen, daraus Vorteile für sich zu ziehen. Sie wittern Morgenluft und setzen darauf — ohne das Risiko offener Aggression —, die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurück zu „reformieren“.

Mehr als hunderttausend - darunter nicht wenig junge Leute - sind aus unserem Land weggegangen. Das ist ein weiteres Symptom für die entstandene komplizierte Lage. Ihren Weggang empfinden wir als großen Aderlaß. Jeder von uns kann die Tränen vieler Mütter und Väter nachempfinden. Wir haben manchen menschlichen, wir haben politischen und ökonomischen Verlust erlitten. Diese Wunde wird noch lange schmerzen. Nicht wenige Äußerungen von Ausgereisten vor der Kamera westlicher Fernsehstationen haben aber auch die Würde und den Stolz ihrer Eltern, Freunde und Kollegen und vieler von uns verletzt. Das entbindet jedoch niemand von der Pflicht, bei sich und in seiner Umgebung darüber nachzudenken, warum uns so viele Menschen den Rücken gekehrt haben. Nur wenn wir uns rückhaltlos den Ursachen, die in unserer Gesellschaft entstanden sind, zuwenden, werden wir denen, die sich auch jetzt noch mit dem Gedanken der Ausreise tragen, möglicherweise einen Anstoß geben, ihren Entschluß zu überdenken. Wir brauchen sie. An dieser Stelle aber ist vor allem ein Wort des Dankes an jene Bürgerinnen und Bürger zu sagen, die ohne Zögern im Interesse der Menschen zusätzliche Belastungen auf sich genommen haben, die

aus dieser Lage entstanden sind.

Mit der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober wurde im Sinne unserer Politik von Kontinuität und Erneuerung die Tür breit geöffnet für den ernstgemeinten innenpolitischen Dialog. Wie sich zeigt, gewinnt die öffentliche Debatte auf der Suche nach den besten Lösungen für die weitere Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR schnell an Substanz. Das wird niemanden verwundern, der im Gespräch mit den Bürgern — ob an ihrem Arbeitsplatz, im Freundeskreis, im Urlaub, bei vielen Gelegenheiten — immer wieder ein stark entwickeltes staatsbürgerliches Bewußtsein, großen Sachverstand, politisches Interesse und politische Urteilsfähigkeit feststellen könnte. Darauf setzen wir.

Die sozialistische Gesellschaft braucht die Debatte, weil sie eine aufgeklärte Gesellschaft ist. Sie braucht den wissenden, gut informierten Bürger, der aus eigenem freiem Willen für sein Gemeinwesen handelt. Sie braucht den Bürger, der in Entscheidungen, die ihn und sein Land betreffen, einbezogen sein will. Sie braucht den selbstbewußten und kritischen, den mündigen Bürger. Wir lassen uns von der festen Überzeugung leiten, daß alle Probleme in unserer Gesellschaft politisch lösbar sind.

Unsere Gesellschaft verfügt über genügend demokratische Foren, in denen sich die unterschiedlichsten Interessen der verschiedenen Schichten der Bevölkerung für einen lebenswerteren Sozialismus äußern können. Die breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der DDR sollte jedoch von niemandem als Freibrief für verantwortungsloses Handeln mißverstanden oder gar für Gewalt- und Zerstörungsakte mißbraucht werden. Auf solche Handlungen kann es nur eine Antwort geben: Sicherung von Ruhe und Ordnung, der friedlichen Arbeit der Bürger, der Schutz der Werte, die wir alle geschaffen und für die wir alle zu bezahlen haben. Wer sich gegen die Grundlagen unserer gesellschaftlichen Ordnung wendet, der muß sich indes fragen lassen, ob er ein anderes gesellschaftliches System als die übergroße Mehrheit unseres Volkes will? Für uns ist klar: Der Sozialismus auf deutschem Boden steht nicht zur Disposition! Für den Dialog, den wir mit aller Entschiedenheit erstreben, sind also zwei Voraussetzungen hervorzuheben;

Erstens: Alles, worüber wir uns einig sind und worüber wir uns streiten, muß eindeutig in seinem Ziel sein: den Sozialismus in der DDR weiter auszubauen, die sozialistischen Ideale hochzuhalten und keine unserer gemeinsamen Errungenschaften preiszugeben. Wer das in Zweifel zieht, stellt das Lebenswerk von Generationen in Frage.

Erreichtes von BRD aufs Spiel gesetzt

Zweitens: Unsere sozialistische deutsche Republik ist und bleibt ein souveränes Land. Wir lösen unsere Probleme selbst. Ich gebe hier den in vielen Gesprächen der letzten Tage und Wochen geäußerten Forderungen und Protesten von DDR-Bürgern Ausdruck, wenn ich Bonn und die von dort gelenkten Medien auffordere, sich nicht länger massiv in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Das betrifft auch den absurden Versuch, unserer Partei vorzuschreiben, wie sie den Dialog zu führen hat. Was in der DDR zu tun und zu lassen ist, welche Reformen wir durchführen, wird einzig und allein in der DDR entschieden. Das war so, das ist so, und das wird auch so bleiben. Uns ist bewußt, daß der Gegner nicht nachlassen wird, uns am Zeuge zu flicken. Das ficht uns nicht an. Nicht er, sondern die Menschen mit ihren Sorgen und ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit sind der Maßstab für unsere Arbeit.

Was wir in dieser Gemeinschaft seit 1945 und in den vier Jahrzehnten DDR erreicht haben, hat Gewicht in der deutschen, aber auch in der europäischen Geschichte. Wir haben einen erlebbaren Gegenentwurf zur Herrschaft des deutschen Imperialismus geschaffen. Dazu gehört die Verpflichtung, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Damit wurde zum erstenmal die Spur der Tränen und des Leids unterbrochen, die sich über Generationen durch Millionen und aber Millionen deutscher Familien und die Familien anderer Völker zog. Das bleibt die unbestreitbare Errungenschaft der europäischen Nachkriegsentwicklung. Sie zu bewahren ist unsere wichtigste politische Pflicht.

Wenn die Regierung der BRD sich zu einer realen Lageeinschätzung entschließen könnte, würde sie selbst zu der Einsicht kommen, daß die in den letzten Monaten vom Boden der BRD ausgehende Kampagne gegen die DDR vieles von dem aufs Spiel setzt, was zwischen den beiden deutschen Staaten zum Nutzen der

europäischen Sicherheit und der Menschen vertraglich vereinbart und bisher erreicht werden konnte. Die Anmaßung einer „Obhutspflicht für alle Deutschen“, die realitätsfremde Beschwörung einer großdeutschen Einheit in den Grenzen von 1937, die Forderung nach Revision der europäischen Nachkriegsordnung - das alles ist keineswegs dazu angetan, die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und die Sicherheit in Europa zu stützen.

Wir sind im Sinne des Grundlagenvertrages weiterhin für gedeihliche Nachbarschaft und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit. Die mehr als 30 Verträge und Abkommen zwischen beiden Staaten bleiben auch für die Zukunft von Gewicht. Zusammenarbeit schließt ein, immer davon auszugehen, daß es bei der Verwirklichung des Grundlagenvertrages stets um die Interessen beider Vertragspartner und ihrer Bürger geht. Auf dieser Basis sind wir bereit, Handel und Wandel zwischen beiden deutschen Staaten zu festigen und möglichst auszubauen — wohl wissend, was von stabilen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten für die europäische Sicherheit abhängt. Daraus resultierte die Einschätzung unseres Politbüros in seiner Erklärung vom 11. Oktober, daß die aggressive, völkerrechtswidrige Einmischung von Politikern und Medien der BRD in die inneren Angelegenheiten der DDR als in höchstem Maße friedensstörend empfunden werden muß. Ein deutscher Staat, der die staatliche Ordnung des anderen deutschen Staates zu untergraben versucht, gefährdet die Sicherheit Europas und unterläuft die Idee vom gemeinsamen europäischen Haus.

Wir verfolgen eine Politik des Dialogs

Wir bekennen uns zu unserer Friedenspflicht. Deshalb verfolgen wir weiterhin die Politik des Dialogs, damit sich Vernunft und Realismus durchsetzen können. Zur friedlichen Koexistenz, zu Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West sehen wir keine vernünftige Alternative. Mit dem Ziel, die gemeinsame Verantwortung beider deutscher Staaten für ein friedliches, geregeltes und gleichberechtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zu vertiefen, sind wir bereit, Wege und Möglichkeiten zu prüfen, um langfristig die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD enger und vertraglich geregelt zu gestalten sowie kooperative und ständige Formen der wirtschaftlichen, ökologischen, politischen, kulturellen, humanitären und touristischen Zusammenarbeit zu entwickeln.

Wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag dazu leisten will, sollte sie die volle Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR auf der Basis unzweideutiger völkerrechtlicher Regelungen und Gesetzgebungen gewährleisten, den Verzicht auf jede Form einer staatlichen Einvernahme der Bürger unseres Staates erklären, ferner die Entwicklung von Kontakten der Volkskammer der DDR und des Bundestages der BRD, regelmäßige Konsultationen zwischen Parteien und Gewerkschaften sowie der wirtschaftsleitenden Organe und anderer staatlicher Einrichtungen konstruktiv fördern. Die Hand der DDR zur Zusammenarbeit im Interesse der Menschen und der europäischen Idee bleibt auch gegenüber der BRD ausgestreckt.

Die Führung unserer Partei, das Zentralkomitee und das Politbüro werden gestärkt aus dieser Tagung hervorgehen. Wir haben damit eine entscheidende Bedingung für die Vorbereitung des XII. Parteitages geschaffen. Rückhalt und Ermutigung beziehen wir auch aus der Solidarität und Verbundenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die wir zum 40. Jahrestag der DDR besonders empfunden haben. An erster Stelle ist hier unser Bruderbund mit der KPdSU zu nennen. Daran lassen wir nicht rühren und rütteln. Einig sind wir uns darin mit den Aktivisten der ersten Stunde wie mit der jungen Generation, die das mit ihrem Fackelzug zum Nationalfeiertag so eindrucksvoll bekundet hat. Das Bündnis und die Zusammenarbeit mit der KPdSU und mit allen sozialistischen Bruderparteien gehören zu den Grundlagen unserer Politik. Für die DDR zählen die effektivere Zusammenarbeit im RGW und die ständige Festigung des politischen Bündnisses der Warschauer Vertragsstaaten zu den grundlegenden Bedingungen ihres weiteren Voranschreitens.

Wie man sich nicht von der Entwicklung in der Welt abkapseln kann, ebensowenig kann sich eine kommunistische Partei von den Prozessen fernhalten, die unsere Bewegung selbst, die Umgestaltung in der Sowjetunion und in anderen Bruderländern betreffen. Wir haben immer bekannt, daß wir die Perestroika in der UdSSR für einen unumgänglichen Vorgang halten, den die KPdSU mit ihrem Generalsekretär, Michail

Sergejewitsch Gorbatschow, kühn in Gang gesetzt hat Ein solcher Prozeß bringt selbstverständlich auch Begleiterscheinungen mit sich, die manchen mit Sorge erfüllen. Aber auch die Sorgen sind Ausdruck unserer tiefen inneren Bindung zur Sowjetunion und unserer Überzeugung, daß vom Erfolg der Umgestaltung in der Sowjetunion die Zukunft des Sozialismus abhängt

Vor uns steht ein Berg von Arbeit

Die zunehmende Vielfalt ist zweifellos ein Gesetz der Entwicklung des Sozialismus. Gerade diese Unterschiedlichkeit, der Reichtum an Neuem, von sich Erprobendem mit all den Risiken, die damit verbunden sind, verlangt das Aufeinanderzugehen, den Austausch von Erfahrungen, Meinungen und Problemstellungen. Nie war das Klima dem dienlicher und dafür fordernder als heute. Wir haben die Zeichen der Zeit zu erkennen und entsprechend zu reagieren, sonst wird uns das Leben dafür bestrafen. Diese Erfahrung der sowjetischen Kommunisten, auf die unser Kampfgefährte Michail Gorbatschow zum DDR-Jubiläum hingewiesen hat, wird uns in unserer künftigen Arbeit begleiten.

Das Zentralkomitee versichert allen Bruderparteien und unseren Kampfgefährten in der internationalen Arbeiterbewegung, allen Streitern für gesellschaftlichen Fortschritt und Frieden, daß sich alle wie bisher auf die Klassensolidarität der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR verlassen können. Die Deutsche Demokratische Republik, die selbst ein Kind der internationalen Solidarität ist, rückt nicht einen Schritt von ihren bekannten internationalistischen Positionen ab. Im Sinne der Politik der friedlichen Koexistenz ist die DDR bereit, ihre Zusammenarbeit mit allen Ländern weiterzuentwickeln.

Vor uns und allen Bürgerinnen und Bürgern steht ein Berg von Arbeit Niemand hat ein Zaubermittel, ihn von heute auf morgen zu bewältigen. Für manches wollen wir, nach Meinungsstreit zum gemeinsamen Handeln kommend, bald spürbare Lösungen finden. Anderes wird seine Zeit brauchen, und für manches, was notwendig wäre, wird es gegenwärtig schwer sein, die materiellen und finanziellen Mittel zu finden. Wir können nicht über unsere Verhältnisse leben.

Schwerpunkte auf ökonomischem Gebiet

Die folgenden Tagungen unseres Zentralkomitees werden auf der Basis exakter Analysen der Parteiführung und von Experten im kollektiven Meinungs austausch des Zentralkomitees grundlegende Entscheidungsvorschläge für den XII. Parteitag unserer Partei im Mai 1990 ausarbeiten. Die Vorbereitung des Parteitages soll und wird zu einer breiten demokratischen Aussprache unserer Partei und des ganzen Volkes werden.

Volksaussprache und gewissenhafte Arbeit zur Erfüllung des Planes sind zwei Seiten einer Medaille. Das wurde in den Gesprächen von Mitgliedern des Politbüros und des Zentralkomitees in Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen von den Arbeitskollektiven immer wieder selbst bekräftigt. Schwerpunkte auf ökonomischem Gebiet sind die Erfüllung der abgeschlossenen Verträge, die materiell-technische Sicherung der Produktion, erforderliche Entscheidungen zu offenen Fragen der Zulieferindustrie, Erschließen aller Möglichkeiten, um die Versorgung der Bevölkerung mit Waren, Dienstleistungen und Ersatzteilen zu verbessern. Besonders wichtig ist, die Handelstransporte zu gewährleisten. Das alles sind Sofortmaßnahmen. Sie zu lösen ist Sache des Ministerrates, der Minister und Generaldirektoren, der Leiter der Betriebe und Handelseinrichtungen. Wir wissen, wieviel Anstrengungen dafür nötig sind. Sofortmaßnahmen allein genügen jedoch nicht.

Unbestreitbar ist, daß Erfolge in der dynamischen Entwicklung der Produktion, in der Meisterung der Schlüsseltechnologien, in der Intensivierung der Wirtschaft und auf sozialpolitischem Gebiet erzielt wurden. Die ehrliche Analyse offenbart aber auch, daß die Auswirkungen des Rückgangs der Akkumulationsrate und besonders der Akkumulation in den produzierenden Bereichen schwerwiegender sind als bisher eingestanden. Die Konzentration der ohnehin zu geringen Investitionen auf bestimmte ausgewählte Zweige hat zum Zurückbleiben der Zulieferindustrie geführt. Dort sind nicht wenige Ausrüstungen mittlerweile verschlissen. Das führt zu einem hohen Instandsetzungs- und Reparaturaufwand sowie zu starkem

Ersatzteilbedarf.

Im Einklang mit vielen Diskussionen unter den Werktätigen ist das Leistungsprinzip in vollem Umfang konsequent durchzusetzen. Für eine kontinuierliche Produktion ist volkswirtschaftliche Proportionalität unverzichtbar. Sie ist derzeit nicht ausreichend gewährleistet. Das erfordert, die Akkumulation in den produzierenden Bereichen zu erhöhen, aber auch auf einige vorgesehene große Investitionsobjekte zu verzichten.

Die Bilanz unseres Wohnungsbauprogramms ist eindrucksvoll. Sein Effekt könnte weitaus größer sein, wenn Wohnungswirtschaft und Wohnraumvergabe besser organisiert und geleitet würden. Hier liegen Verantwortung und Chance für eine bürgernahe Arbeit der kommunalen Organe.

Bei unseren außenwirtschaftlichen Verpflichtungen stehen die Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR an erster Stelle. Sie sind die entscheidende Gewähr für die kontinuierliche Erfüllung der eigenen volkswirtschaftlichen Aufgaben. Indem wir den Export in die UdSSR in vollem Planumfang gewährleisten, sichern wir die dringlichen Importe, insbesondere an Rohstoffen, wichtigen Ausrüstungen für unsere Industrie und Waren für die Bevölkerung. So gehen wir auch an die Wirtschaftsbeziehungen mit den anderen sozialistischen Bruderländern heran. Bei der Entwicklung des Handels mit den kapitalistischen Ländern halten wir an dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils fest. Bei allem, was wir tun, muß uns immer wieder bewußt sein: Versprechungen, für die es keine Deckungen gibt; sind nicht unsere Sache. Vielmehr geht es darum, mit höchster Anspannung zu arbeiten, um die schwierige Situation gemeinsam zu verändern.

Gesetzentwurf über Reisen ins Ausland

Wir werden uns auch mit dem weiteren Ausbau des sozialistischen Rechtsstaates zu befassen haben. Dabei gehen wir von dem Grundsatz aus, daß vor dem Gesetz alle Bürger gleich sind. In diesem Sinne wird der Ministerrat einen Gesetzgebungsplan vorbereiten und Vorschläge für die öffentliche Erörterung von Gesetzesentwürfen unterbreiten. Von grundlegender Bedeutung ist, daß der Ministerrat der DDR seine verfassungsmäßigen Kompetenzen als Regierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht voll wahrnimmt und wahrnehmen kann. Den demokratischen Zentralismus werden wir in unserer Partei wie in der breiten Öffentlichkeit im Leninschen Sinne praktizieren, d.h. die Meinungsbildung auch von unten nach oben respektieren, genauso wie Kritik ohne Ansehen der Person üben und Beschlüsse erst nach Diskussion und Meinungsaustausch fassen.

Zur Ausgestaltung unseres Rechtsstaates gehören der weitere Ausbau der Verfassungskontrolle durch größere Vollmachten des Verfassungs- und Rechtsausschusses der Volkskammer, die Einheit von Volksaussprache und gründlicher, sicher auch kontroverser Diskussion grundlegender Gesetze in der Volkskammer, die Erhöhung der Eigenverantwortung der Städte und Gemeinden und andere herangereifte politische Notwendigkeiten.

Wir meinen, es liegt im Interesse der ganzen Gesellschaft, die Arbeit der Volkskammer als höchstes demokratisches Gremium unseres Staates bis zum Ende ihrer Legislaturperiode im Jahre 1991 so zu qualifizieren, daß die Tätigkeit der Abgeordneten und der Ausschüsse der Volkskammer für die Öffentlichkeit noch sichtbarer wird.

Das Politbüro hat der Regierung der DDR den Vorschlag unterbreitet, einen Gesetzesentwurf über Reisen von DDR-Bürgern ins Ausland vorzubereiten. Wir gehen davon aus, daß dieser Entwurf nach öffentlicher Aussprache in der Volkskammer behandelt und beschlossen werden sollte. Im Zusammenhang damit könnten ebenfalls die zeitweilig getroffenen einschränkenden Maßnahmen zum Reiseverkehr in sozialistische Bruderländer aufgehoben beziehungsweise modifiziert werden.

Die Wahrheit gebietet aber, deutlich zu sagen, daß die Weigerung der BRD, die Staatsbürgerschaft der DDR uneingeschränkt zu respektieren, ein sehr ernstes Hindernis bleibt für die Verwirklichung der von uns in Aussicht genommenen Schritte für den Reiseverkehr in die BRD, nach Berlin (West) und andere kapitalistische Staaten. Das Festhalten an der „Obhutspflicht für alle Deutschen“ ist — da kann man sich

drehen und wenden, wie man will — Teil der revanchistischen Grundkonzeption der BRD, die im Widerspruch zum Völkerrecht und zum Grundlagenvertrag steht.

Für die Vorbereitung des XII. Parteitages hat der von den Massenmedien widerzuspiegelnde Dialog eine große Bedeutung. Wir versprechen uns davon viele sachkundige Vorschläge zur Lösung der Entwicklungsfragen unserer Gesellschaft, aber auch — das sei hier gesagt — stärkere öffentliche Auseinandersetzung mit Erscheinungen, die dem Wesen des Sozialismus und unserer Politik widersprechen. Dazu ermutigen wir die Redaktionen.

Unsere Republik hat talentierte, fähige Journalisten mit Freude an ihrer Arbeit, am politischen Kampf, mit Ideen und Phantasie. Sie drängen darauf, im Gedankenaustausch mit ihren Lesern, Hörern und Zuschauern unsere Gesellschaft als schöpferische Gemeinschaft von politisch aufgeklärten, politisch engagierten und politisch verantwortungsbewußt handelnden Menschen voranzubringen.

Natürlich bedeutet das für jeden Journalisten, auch die Fährnisse solcher Verantwortung zu sehen. Unsere Presse kann nicht Tribüne eines richtungslosen, anarchistischen Geredes werden. Sie wird mit Sicherheit kein Tummelplatz für Demagogen sein, und sie muß — wie die Politiker — darauf achten, daß komplizierte Sachverhalte und Fragen nicht durch allzu flinke und simple Antworten verwässert werden. Es ist gut, daß die Presse schon selbst in den vergangenen Wochen Maßstäbe hervorgebracht hat, wie Journalisten ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, aber auch ihren Möglichkeiten wirkungsvoll gerecht werden können. Besondere Erwartungen richten sich an das „Neue Deutschland“ und die Aktuelle Kamera“.

Die Gespräche zum Umtausch der Parteidokumente haben eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen für unser innerparteiliches Leben gebracht. Wenn wir sie gründlich beachten, werden die Mitgliederversammlungen der Parteigruppen und Grundorganisationen zu Foren eines lebensverbundenen Gedankenaustausches und zur Anleitung zum Handeln. Mehr denn je sind jetzt feste politische Standpunkte und die kämpferische Haltung jedes Kommunisten gefragt, um die Politik unserer Partei an jedem Arbeitsplatz und im Wohngebiet offensiv zu vertreten. Selbst dann, wenn einer nicht sofort auf jede Frage eine Antwort hat, muß und kann er zeigen, hinter welcher Fahne er marschiert. So haben es Kommunisten immer gehalten, und so halten wir es erst recht heute. Das ist zugleich wichtige Voraussetzung dafür, daß jeder Genosse in seinem Wirkungsfeld seinen Teil für die Entfaltung des Dialogs in Vorbereitung des XII. Parteitages leistet

Wie sehr wir uns in dieser Stunde des Ernstes der Lage bewußt sind, der zu den heutigen Entscheidungen geführt hat — wir spüren und erkennen zugleich die große Chance, die wir uns selbst eröffnet haben, um in engster Verbindung mit dem Volk, im Dialog mit allen Bürgern unseres Landes, in einer gesellschaftlichen Atmosphäre der Offenheit, des Realismus, des gemeinsamen Zupackens die neuen Positionen auf unserem sozialistischen Kurs zu bestimmen, der uns sicher an die Schwelle der Jahrhundertwende führen wird.

Unsere Macht ist die Macht der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes unter Führung der Partei. Wir haben sie erstritten nicht um unser selbst willen, sondern für das Wohl des Volkes. Wir halten sie fest und werden sie von den Kräften der Vergangenheit nicht antasten lassen, nicht um unser selbst willen, sondern zum Besten unseres Volkes. Wir werden die Macht stetig besser nutzen für einen starken Sozialismus, für einen festen Frieden, für eine gute und sichere Gegenwart und Zukunft unseres Volkes.

Es wird in unserer Deutschen Demokratischen Republik keinen anderen Sozialismus geben als den, den wir gemeinsam mit allen schaffen und verteidigen. Alles liegt in unserer Hand, alles liegt in unserer Gemeinsamkeit, alles liegt in der Einheit und Geschlossenheit unserer Partei.

Ich danke Euch.